



Suchergebnisse: Israel

1104 – Hugo von Payns auf dem Weg zu einer Pilgerfahrt ins Land der Heiligkeit

Israel * Hugo von Payns ist ein Herr aus dem mittleren Adel und stammt aus der Champagne. Seine Spuren sind nur sehr rar gestreut, weshalb sich seine Teilnahme am Ersten Kreuzzug nicht mit Sicherheit bestätigen lässt. Tatsache ist aber, dass er sich anno 1104 auf den Weg zu einer Pilgerfahrt ins Land der Heiligkeit macht und Graf Hugo von der Champagne begleitet.

13. Oktober 1810 – Am Abend gibt es die bei Fürstenhochzeiten übliche Ausspeisung

München * An diesem Abend ist die bei Fürstenhochzeiten übliche Ausspeisung, die die Bevölkerung in großen Scharen herbeilockt. Es gibt dabei natürlich deutliche Unterschiede. Denn während „die angesehenen Bürger, d.h. welche zur Nationalgarde gehörten, [...] mit ihren Familien in vier großen Gasthäusern, bei 6.000 an der Zahl, auf königliche Kosten zum Tanz und Abendessen versammelt“ sind, hat man für „die herbeygeströmten Volkshaufen“ am Schrammplatz, dem heutigen Marienplatz, am Promenadeplatz, in der Neuhauser Gasse und am Anger „Tische und Bänke hergerichtet, wo man ihnen zu essen und trinken bot“. Aktenbelegen zufolge werden an diesem Abend 32.065 Laibln Semmelbrod, 3.992 Pfund Schweizerkäse über 80 Zentner gebratenes Schafffleisch, 8.120 Cervelat-Würste und 13.300 Paar geselchte Würste ausgegeben. Brauknechte verzapften rund 232 Hektoliter Bier. Aus sieben Fässern werden knapp vier Hektoliter österreichischer Weißwein ausgeschenkt. 150 Musikanten sorgen für Stimmung und in zwei Volkstheatern wurden Vorstellungen zu freiem Eintritt gegeben. Sogar die Münchner Gefängnisinsassen erhalten eine - von der Israelitischen Gemeinde finanzierte - Ausspeisung.

25. Januar 1815 – 39 jüdische Männer gründen die Israelitische Kultusgemeinde

München * 39 jüdische Männer gründen in der Wohnung von Judith Wertheimer, der Witwe des kurfürstlichen Hoffaktors Abraham Wolf Wertheimer, die Israelitische Kultusgemeinde. Sie ist die erste anerkannte jüdische Gemeinde Münchens nach der Vertreibung der Juden im Jahr 1442.

24. März 1816 – Die erste Bestattung auf dem jüdischen Friedhof



Thalkirchen * Die Israelitische Kultusgemeinde München hat eine Genehmigung zur Anlage eines jüdischen Friedhofs an der Thalkirchner Straße erhalten. Dieser kann am 24. März 1816 eingeweiht werden. Es ist der erste jüdische Friedhof Münchens seit der Vertreibung der Juden im Jahr 1442. Zuvor mussten Münchner Juden ihre Verstorbenen außerhalb der Stadt, etwa in Kriegshaber bei Augsburg, bestatten.

1822 – Streit um den Standort der Synagoge

München * Innerhalb der Israelitischen Kultusgemeinde ist es zu einem Streit über den Standort der Synagoge gekommen. Die eine Gruppierung tritt für einen Standort in der Innenstadt an der Lederergasse ein. Die andere Gruppe schlägt aus pragmatischen Gründen die Theaterstraße vor - ein Bauplatz, der im Bereich des ehemaligen Zwingers und damit ebenfalls in der Innenstadt liegt.

1822 – Ein aussichtsloser Kampf gegen die Mayer'sche Lederfabrik

Untergiesing * Die bürgerliche Schuhmacherzunft Münchens und der Vorstadt Au entschließt sich, nachdem sie jahrelang dem Geschehen in der Mayer'schen Lederfabrik tatenlos und voller Neid zugesehen hat, zu einem Protest bei „allerhöchster Stelle“ - vermutlich dem Königlichen Ministerium des Inneren - gegen die „gewissenlosen Gewerbebeeinträchtigungen, welche wir von den hiesig- und umliegenden Lederfabrikanten und Israeliten durch die widerrechtliche Anmaßung der Selbstfabrikation ihrer in Accord übernommenen Militärlieferungen viele Jahre hindurch sehr empfindlich zu erdulden hatten“. In der Folge fordert die Behörde den Lederfabrikanten auf, künftige Militäraufträge bei den ansässigen Schuhmachermeistern fertigen zu lassen. Doch die Freude der Schuster über ihren Sieg gegenüber dem Lederfabrikanten dauert nur kurz. Dem geschäftstüchtigen Fabrikbesitzer Ignaz Mayer gelingt es nämlich, den Schwabinger Schumacher Hanrieder davon zu überzeugen, dass er seine Werkstatt mit „Sack und Pack“ sowie mit der Genehmigung der zuständigen Behörden in die Untergiesinger Lederfabrik verlegt. Der Schuhmacher erhält dafür „eine wöchentliche Entschädigung [...], und [kann] sonach genüßlich sein Leben in Wohltätigkeit durchbringen“. Ignaz Mayer aber kann über den Trick der ausgeliehenen Hanriederischen Konzession - sehr zur Empörung der bürgerlichen Schuhmacherzunft Münchens und der Vorstadt Au - seine Militärlieferungen auch künftig weiter in eigener Regie herstellen lassen. Der Schuhmacherzunft bleibt nur mehr das Beschreiten des Protestwegs. Ihr Protest gegen die „unerlaubte Transferierung einer Gewerbekonzession von einer Vorstadt in die andere“ findet beim Königlichen Landgericht zunächst positives Gehör. Doch die Regierung des Isarkreises hebt das Verbot umgehend wieder auf. Eine königliche



Anweisung zieht schließlich einen Schlusstrich unter die Affäre - und zwar zugunsten der industriellen Produktion in der Lederfabrik. Es war das Königliche Handelsministerium, das sich in den Vorgang um die umstrittene Konzession einmischte und die Entscheidung zugunsten des Hoflieferanten beeinflusste. Wenn schon nicht das Einzelmitglied, so hätte doch die Schuhmacherzunft den Einfluss ihres Kontrahenten und damit die Aussichtslosigkeit ihres Unterfangens erkennen müssen. Immerhin ist Ignaz Mayer nicht nur der Schwiegersohn des dem bayerischen König als millionenschweren Kreditgebers unentbehrlich gewordenen Leonhard von Eichthal, sondern seit dem Jahr 1809 auch der Schwiegervater von Simon Freiherr von Eichthal, der bei der Gründung der Bayerischen Hypotheken- und Wechselbank eine zentrale Rolle spielte.

Der Hofbankier organisiert nicht nur die neue Kreditbank, sondern stellte auch dem späteren König Ludwig I. Mittel für seine Kunsteinkäufe zur Verfügung.

August 1822 – Die Israelitische Kultusgemeinde erwirbt einen Bauplatz

München-Angerviertel * Nach langen Auseinandersetzungen mit den staatlichen und städtischen Behörden erwirbt die pragmatische Gruppe der Israelitischen Kultusgemeinde vom königlichen Irrenarzt Dr. Johann Baptist Sax das Haus Nr. 492b in der Theaterstraße als Bauplatz.

März 1824 – Pläne für eine Synagoge in der Lederergasse

München * Die Gruppe der Israelitischen Kultusgemeinde, die für den Bau der Synagoge in der Lederergasse eintritt, macht nochmal einen Vorstoß für den von ihr gewünschten Bauplatz. Während der Stadtmagistrat dem Vorschlag positiv gegenüber steht, lehnt das Gremium der Gemeindebevollmächtigten das Ansinnen ab und verweist auf die Erweiterung des Viktualienmarkts und städtischen Neubauten.

April 1824 – Das Synagogen-Projekt Lederergasse ist gescheitert

München * Weitere Interventionen der Israelitischen Kultusgemeinde an die die Gremien der Stadtregierung zum Bau der Synagoge in der Lederergasse bleiben erfolglos.

27. Mai 1825 – Statuten für die innere Ordnung der Synagoge in München

München * Noch während des Baues der Synagoge erlässt die Administration der Israelitischen



Kultusgemeinde „Statuten für die innere Ordnung der Synagoge in München“.

21. April 1826 – Die Synagoge in der Westenriederstraße wird eingeweiht

München-Angerviertel * König Ludwig I. und Königin Therese nehmen an der Einweihung der Münchner Synagoge in der Theaterstraße teil. Auch höchste Hof- und Staatsbeamte nehmen an der Zeremonie teil und machen die Einweihung zu einem außergewöhnlichen gesellschaftlichen Ereignis. Der klassizistische Synagogenbau hat 160 Männer- und Frauenplätze. Mit der Eröffnung des Gotteshauses erreicht die jüdische Gemeinde nach Jahrhunderten der Rechtlosigkeit, Ausgrenzung und Verfolgung eine erste wichtige Etappe auf dem langen Weg zur angestrebten Gleichstellung mit den christlichen Bürgerinnen und Bürgern Münchens. Trotz dieses Fortschritts gelten Juden weiterhin nicht als gleichberechtigte Mitglieder der Gesellschaft. Sie unterliegen nach wie vor zahlreichen Einschränkungen – etwa im Berufsleben oder durch Niederlassungsbeschränkungen für ihre Kinder. Zudem werden sie von den staatlichen Behörden misstrauisch beobachtet und von vielen Mitbürgern noch immer als fremd und unerwünscht wahrgenommen. Das Ereignis des Tages führt auch dazu, dass die israelitische Gemeinde an hundert christliche Mitbürger je zwei Pfund Fleisch, zwei Mass Bier und Brot spendet.

6. März 1848 – Die Königliche Proklamation wird veröffentlicht

München * Die Königliche Proklamation wird als Antwort auf die Forderungen der Münchner Bürgerschaft vom 3. März veröffentlicht. Ludwig Fürst zu Oettingen-Wallerstein hat den Inhalt der Proklamation, in der der König seine weit- reichenden Versprechungen zur Weiterentwicklung der Bayerischen Verfassung abgibt, redigiert. Sie beinhaltet: die verfassungsmäßige Ministerverantwortlichkeit, die vollständige Pressefreiheit, eine Verbesserung der Wahlordnung, die Einführung der Öffentlichkeit und Mündlichkeit in eine Rechtspflege mit Schwurgerichten, eine umfassende Fürsorge für Staatsdiener und ihre Angehörigen und Ausdehnung dieser Maßnahmen auf die übrigen Angestellten des Staates, eine Verbesserung der Verhältnisse der Israeliten, die Abfassung eines Polizeigesetzbuches, die Vereidigung des Heeres auf die Verfassung und eine Reform des Deutschen Bundes, insbesondere zu einem deutschen Nationalparlament. Die Proklamation schließt mit den Worten: „Alles für mein Volk! Alles für Deutschland!“ und geht sogar über die Forderungen der Petition vom 3. März weit hinaus, beinhaltet aber alle Punkte und damit auch die Märzforderungen. Was aber mit keinem Wort erwähnt wird ist die „soziale Frage“, die Frage der „Bauernbefreiung“. Nicht nur, dass mit der Proklamation vom 6. März 1848 die Märzforderungen in Bayern noch vor den anderen deutschen Staaten ihre Anerkennung finden, nein, es wird damit auch König Ludwigs I.



auto-kratistischer Regierungsanspruch mit einem Handstreich ausgehöhlt.

16. November 1861 – Dankgottesdienst zur Aufhebung des Matrikelzwangs

München-Angerviertel * In der Synagoge wird „ein feierlicher Dankgottesdienst aus Anlass der neuen zur Tatsache gewordenen Aufhebung der Ausnahmebestimmungen, welche bisher noch auf den Israeliten geruht hatten, abgehalten“.

30. Januar 1866 – Mittelersuchen für einen Synagogen-Neubau

München * Der Vorstand der Israelitischen Kultusgemeinde bittet den Münchner Stadtmagistrat um finanzielle Unterstützung für den Neubau einer größeren Synagoge. Doch erst muss ein geeigneter Bauplatz gefunden werden, wobei sich diese Suche sich als ebenso schwierig gestaltet wie die weitere Zusammenarbeit mit der Stadtverwaltung. Die Verhandlungen ziehen sich in die Länge.

30. Januar 1866 – Finanzielle Unterstützung für den Bau einer größeren Synagoge

München * Weil das anno 1826 fertiggestellte jüdische Gotteshaus an der Westenriederstraße - mit seinen 160 Männer- und 160 Frauen- Betplätzen - bald aus allen Nähten zu platzen droht, bittet der Vorstand der Israelitischen Kultusgemeinde den Münchner Stadtmagistrat um finanzielle Unterstützung für den Bau einer größeren Synagoge.

April 1876 – Orthodoxe Münchner Juden setzen auf Tradition

München * Die Einführung eines neuen Gebetbuchs und der - traditionell nicht üblichen - Neugestaltung des Gottesdienstes mit Orgelbegleitung und Chorgesang veranlasst eine kleinere Gruppe orthodoxer Gemeindemitglieder zur Gründung des Vereins Ohel Jakob. Die Traditionalisten wollen „einen permanenten Gottesdienst nach früheren, in der hiesigen Synagoge üblich gewesenen Ritus“ abhalten. Aus diesem Grunde treffen sich die Orthodoxen in verschiedenen, über das ganze Stadtgebiet verteilten Betsälen, darunter in der Kanalstraße 29, heute Herzog-Rudolf-Straße. Trotz der Differenzen spalten sie sich nicht von der Israelitischen Kultusgemeinde ab.



1878 – Das katholische Stadtpfarramt lehnt die Leichenverbrennung ab

Gotha * In Gotha entsteht Deutschlands erste Leichenverbrennungsanlage. Der Münchner Magistrat befragt daraufhin die drei Religionsgemeinschaften über Einwände gegen die Feuerbestattung. Während die Israelitische Kultusgemeinde keinerlei Einwand sieht und das protestantische Stadtpfarramt Änderungen des Ritus für unnötig erachtet, lehnt das katholische Stadtpfarramt die Leichenverbrennung kategorisch ab. Fürsprecher findet diese Bestattungsform bei den Sozialdemokraten. Sie fordern eine allgemeine Einführung der Feuerbestattung als einzige Möglichkeit, Chancengleichheit zu gewähren, da mit der Leichenverbrennung endlich die Klassenbegräbnisse hinfällig werden würden.

14. Februar 1884 – Die Bauarbeiten an der Hauptsynagoge beginnen

München-Kreuzviertel * Die Bauarbeiten an der neuen Synagoge an der Herzog-Max-Straße 7 beginnen und lassen das jüdische Gotteshaus in die Höhe wachsen. Zwischenzeitlich hat die Israelitische Kultusgemeinde den Beschluss gefasst, die nahezu sechzig Jahre alte Synagoge an der Westenriederstraße nicht zu erhalten und statt dessen die finanziellen Mittel für die erforderlichen Sanierungsarbeiten in den Bau der neuen Haupt-Synagoge zu investieren.

August 1887 – Münchens neue Hauptsynagoge prägt das Stadtbild

München-Kreuzviertel * Im Sommer 1887 können die Außen- und Innenarbeiten an der Synagoge an der Herzog-Max-Straße 7 abgeschlossen und der Sakralbau seiner Bestimmung übergeben werden. Die zeitgenössischen Kritiker würdigen den Bau als „ein völlig selbstständiges Werk von ausgeprägter Eigenart, ein Denkmal, nicht nur des Meisters, der es geschaffen hat, sondern auch der Zeit, in der es entstand“. Das „Münchener Tagblatt“ vermerkt überschwänglich, dass das „architektonische Schmückkästchen München“ nun wieder „um eine köstliche Perle reicher geworden“ sei. „Besonders markant und in die Augen springend ist der Turm, der an der westlichen Front über der Vorhalle des Männerraumes und einem Teile der Frauen-Empore errichtet ist. Den Hauptteil der Synagoge bildet der dreischiffige, in 5 Joche gegliederte Hallenbau, der bei einer Länge von 50 Metern rund 30 Metern Breite hat. Das Mittelschiff hat eine Höhe von 18 Metern, die Seitenschiffe von 15 Metern.“ Über die Ausgestaltung im Inneren schreibt der Rabbiner Leo Baerwald: Sie ist „von wohthuender Harmonie in Farbe und Proportionen und wirkt, ohne überladen zu sein, prächtig, da die Synagoge sonst Schlichtheit ausweist“. Und tatsächlich entstand mit der neuen Synagoge ein Bauwerk, das das gewachsene Selbstverständnis der jüdischen Gemeinde Münchens für jedermann weithin



sichtbar macht. Das imposante Bauwerk an prominenter Stelle ist ein Symbol und die stolze Demonstration der Zugehörigkeit der jüdischen Mitbürger zur Münchner Stadtgesellschaft. Die nichtjüdische Gesellschaft hat die jüdische Religiosität und Kultur inzwischen weitgehend respektiert. Bis zur Akzeptanz ist es allerdings noch ein weiter Weg. Das zeigt auch die Formensprache der Synagoge. War schon das Gebäude an der Westenriederstraße äußerlich ein schlichtes, architektonisch unauffälliges Gotteshaus, so lehnt sich auch der Neubau in seiner gestalterischen Orientierung stark an christliche Sakralbauten an. Selbst wenn das Bauwerk beeindruckender ausfiel, so musste die Israelitische Kultusgemeinde dennoch weitgehend auf eine eigenständige architektonische Ausdrucksweise verzichten.

16. September 1887 – Abschied von der alten Synagoge

München-Angerviertel * In den Morgenstunden begeben die jüdischen Gläubigen Münchens in der alten Münchner Synagoge an der Westenriederstraße den letzten Gottesdienst und überführen anschließend die Thora-Rollen in das neue israelitische Gebetshaus, der Haupt-Synagoge an der Herzog-Max-Straße 7. Dort angekommen legen sie den Schlussstein der Kirche, der eine Kapsel mit einer Urkunde über den feierlichen Akt sowie sämtliche Tageszeitungen und die in Umlauf befindlichen Münzen enthält.

16. September 1887 – Die Münchner Haupt-Synagoge wird eingeweiht

München-Angerviertel - München-Kreuzviertel * In den Morgenstunden begeben die jüdischen Gläubigen Münchens in der alten Münchner Synagoge an der Westenriederstraße den letzten Gottesdienst und überführen anschließend die Thora-Rollen in das neue israelitische Gebetshaus. Dort angekommen legen sie den Schlussstein der Kirche, der eine Kapsel mit einer Urkunde über den feierlichen Akt sowie sämtliche Tageszeitungen und die in Umlauf befindlichen Münzen enthält. Um 17 Uhr erfolgt dann - unter interessierter Beteiligung der Münchner Öffentlichkeit und der offiziellen Repräsentanten von Stadt und Staat - die feierliche Einweihung der neuen, nach dreijähriger Bauzeit fertiggestellten Münchner Haupt-Synagoge an der Herzog-Max-Straße 7. Ausgestattet mit 1.000 Männer- und 800 Frauen-Betstühlen ist sie - nach der Berliner und der Breslauer Synagoge - das drittgrößte deutsche jüdische Gotteshaus und Zentrum der liberal ausgerichteten Mehrheitsgemeinde. Die zeitgenössischen Kritiker würdigen den Bau als „ein völlig selbständiges Werk von ausgeprägter Eigenart, ein Denkmal, nicht nur des Meisters, der es geschaffen hat, sondern auch der Zeit, in der es entstand“. Und das Münchner Tagblatt vermerkt überschwänglich, dass das „architektonische Schmuckkästchen“ München nun wieder „um eine köstliche Perle reicher geworden“ ist.



1889 – Gemeindezentrum an der Herzog-Max-Straße 3 eröffnet

München-Kreuzviertel * Der Bau des Gebäudes an der Herzog-Max-Straße 3 ist fertiggestellt. Er beherbergt - bis zur Enteignung durch die Nationalsozialisten im Jahr 1938 - neben Wohnungen und zwei Betsälen das Wohlfahrts- und Jugendamt sowie die Israelitische Armenpflege, das Rabbinat und die Kanzlei der Münchner Kultusgemeinde.

25. März 1892 – Einweihung der Ohel-Jakob-Synagoge

München-Graggenau * Die Ohel-Jakob-Synagoge in der Kanalstraße 23, später Herzog-Rudolf-Straße 3, wird feierlich eingeweiht. Der Name „Ohel Jakob“ bedeutet „Zelt Jakobs“ und verweist auf das biblische Bild des Zeltes als Ort der Gegenwart Gottes. Errichtet wird die Synagoge vom Verein Ohel Jakob, der die orthodoxen Juden Münchens vertritt und den Bau vollständig durch Spenden finanziert. Das von August Exter entworfene Gotteshaus bietet Platz für rund 150 Gläubige und verfügt über eine Frauenempore. Mit einer Höhe von etwa 19 Metern und seiner vergleichsweise schlichten Dimension wirkt der Bau eher wie eine kleine Pfarrkirche als wie die monumentale Hauptsynagoge an der Herzog-Max-Straße. Dennoch entwickelt sich die Synagoge rasch zum religiösen Zentrum der orthodoxen jüdischen Gemeinde Münchens. Architektonisch verbindet das Gebäude verschiedene historische Stilrichtungen. Die Straßenfassade orientiert sich an romanischen Kirchenbauten und wird durch frühgotische Elemente ergänzt. Besonders prägend sind das große Rundfenster mit Davidsstern sowie die zentrale Kuppel, die von byzantinischen Vorbildern inspiriert ist. Auch im Inneren spiegelt die Architektur die religiösen Funktionen wider: Über dem Thoraschrein erhebt sich ein neugotisches Rippengewölbe, während die zentrale Kuppel den Blick auf den Almemor, das Lesepult für die Torahlesung, lenkt. Die Errichtung der Synagoge kostet rund 250.000 Mark. Zum Ensemble gehört außerdem eine Israelitische Volksschule in den benachbarten Gebäuden. Sie besitzt den Status einer öffentlichen Konfessionsschule.

1897 – Die bayerischen Juden lehnen die Zionistische Bewegung ab

München * Die Israelitische Kultusgemeinde München wehrt sich massiv gegen die Zionistische Bewegung von Theodor Herzl, der in der bayerischen Haupt- und Residenzstadt den ersten Zionisten-Kongress abhalten will. Herzl hat sich für München als Veranstaltungsort entschieden, weil „diese Stadt als gastfreundlich gilt und ein geeigneter Verkehrsmittelpunkt“ ist. Der zionistische Gedanke, der auf die Verwirklichung einer jüdischen Nation mit einem eigenen Staat Palästina hinzielt, wird von den bayerischen Juden abgelehnt. Sie fühlen sich als deutsche



Staatsbürger und sehen durch das zionistische Gedankengut ihre Bemühungen um Integration gefährdet. Sie wollen alles unterlassen, was den antisemitischen Parolen von der „fremden jüdischen Rasse“ und „dass die Juden Liebe und Anhänglichkeit zu ihrem Vaterlande nicht besitzen“ neue Argumente liefern könnte. Der Widerstand der Münchner Juden bewirkt, dass der erste Zionisten-Kongress in Basel stattfinden muss.

1897 – Widerstand gegen den ersten Zionistenkongress in München

München * Die Israelitische Kultusgemeinde München lehnt die von Theodor Herzl initiierte zionistische Bewegung entschieden ab. Herzl plant, den ersten Zionistenkongress in München abzuhalten, da die Stadt als gastfreundlich gilt und über günstige Verkehrsverbindungen verfügt. Der Zionismus, der die Gründung einer jüdischen Heimstätte in Palästina anstrebt, stößt bei vielen bayerischen Juden auf Ablehnung. Sie verstehen sich als deutsche Staatsbürger und befürchten, dass zionistische Bestrebungen ihre gesellschaftliche Integration gefährden könnten. Zudem wollen sie vermeiden, antisemitischen Vorurteilen Vorschub zu leisten, die Juden mangelnde Verbundenheit mit ihrem Vaterland unterstellen. Der Widerstand der Münchner Juden führt schließlich dazu, dass der erste Zionistenkongress 1897 nicht in München, sondern in Basel stattfindet. Das Ereignis verdeutlicht das starke Selbstverständnis vieler Teile des bayerischen Judentums als integraler Bestandteil der deutschen Gesellschaft.

1. April 1918 – Sarah Sonja Lerch wird beerdigt

München * Dr. phil. Sarah Sonja Lerch, geborene Rabinowitz, eine der Anführerinnen der Januarstreiks, wird am Ostermontag auf dem Neuen Israelitischen Friedhof an der Garchingener Straße beerdigt. Ein Vertreter der USPD legt einen Kranz am Grab ab und erklärt, dass die Polizei einen Nachruf verboten hat. Josef Sontheimer ergreift daraufhin das Wort, wird aber sofort verhaftet und mit Handschellen gefesselt abgeführt. Frau Lerch war gemeinsam mit Kurt Eisner, Albert Winkler, Hans Unterleitner, Emilie und Babette Landauer und anderen wegen Landesverrats verhaftet worden. Die 35-jährige Sarah Sonja Lerch hat sich am 29. März 1918 im Gefängnis Stadelheim erhängt. Sie wird nicht die letzte Sozialdemokratin sein, die im Freitod die Erlösung aus offenbar nicht zu verändernden Verhältnissen sucht.

Juni 1933 – Die jüdische Gesellschaft in München und Bayern

Bayern - München * In ganz Bayern leben etwa 42.000 Glaubensjuden, also Mitglieder der



jüdischen Religionsgemeinschaften. Das entspricht 0,55 Prozent der Gesamtbevölkerung. 9.005 davon sind in München ansässig.

22. Juni 1933 – Der NS-Stadtrat fordert die Entfernung des Revolutions-Denkmal

München * Der NS-Stadtrat Hans Zölberlein fordert die Entfernung des Grabmals, das Kurt Eisner und dem Gedenken der Toten der Revolution gewidmet ist, da es „ein Ärgernis für jeden guten Deutschen und alten bayerischen Soldaten“ darstellt. Nachdem die Nationalsozialisten im Jahr 1933 den Gedenkstein zertrümmert haben, übergeben sie Kurt Eisners Urne dem Neuen Israelitischen Friedhof an der Ungererstraße. Auch Gustav Landauers Grab wird für erloschen erklärt. „Der Abbruch der Denkmäler und die Beseitigung der Aschen hat unverzüglich zu erfolgen.“ Die Urnen von Eisner und Landauer werden der Israelitischen Kultusgemeinde übergeben, die auch noch die Kosten zu tragen hat.

27. Juni 1933 – Was tun mit Kurt Eisners und Gustav Landauers Urnen ?

München * Nachdem das Denkmal für die „Toten der Revolution - 1919“ am Ostfriedhof abgerissen worden war, wollen die Nationalsozialisten die darin untergebrachten Urnen von Kurt Eisner und Gustav Landauer an die Israelitische Kultusgemeinde Münchens loswerden. Diese antwortet am 27. Juni 1933: „[...] beehren wir uns mitzuteilen, dass wir derzeit nicht feststellen können, ob die Genannten bei Eintritt des Todes dem israelitischen Bekenntnis angehört haben. [...] Wir wollen aber keine Schwierigkeiten schaffen und erklären uns bereit, die Urnen entgegen zu nehmen und sie einstweilen der Erde zu übergeben.“

3. Dezember 1933 – Michael von Faulhabers Adventspredigt in der Michaelskirche

München-Kreuzviertel * Kardinal Michael von Faulhaber hält seine Adventspredigt in der Michaelskirche. Darin weist er darauf hin, dass sich in der deutschen Kultur seit dem frühen Mittelalter zahlreiche Einflüsse aus dem Alten Testament, also aus der jüdischen Kultur, finden: „Im Besonderen verdanken die menschliche Kultur und christliche Religion dem Alten Testament einen reinen und erhabenen Gottesgedanken.“ Und weiter: „Wir müßten unsere deutschen Klassiker Lügen strafen, wollten wir das Alte Testament mißachten und aus den Schulen und Volksbüchereien verbannen. Wir müßten die Geistesgeschichte unseres Volkes verleugnen.“ Über die Juden sagt er: „Bei keinem anderen Volk findet sich eine solche Schriftenreihe, worin so klar, so bestimmt, so einheitlich die Grundwahrheiten des religiösen Lebens dargeboten werden.“



Diese und noch andere Worte des Respekts machte er zunichte mit den dann kommenden Sätzen: „Nach dem Tode Christi wurde Israel aus der Offenbarung entlassen. Sie hatten die Stunde der Heimsuchung nicht erkannt. Sie hatten den Gesalbten des Herrn verleugnet und verworfen, zur Stadt hinausgeführt und ans Kreuz geschlagen. Damals zerriß der Vorhang im Tempel auf Sion und damit der Bund zwischen dem Herrn und seinem Volk. Die Tochter Sion erhielt den Scheidebrief, und seitdem wandert der ewige Ahasver ruhelos über die Erde.“ Mit solchen Schuldzuweisungen und Verleumdungen geht es weiter. Faulhaber spricht immer wieder von den Israeliten, auf denen der Zorn Gottes ruhe. Solche Worte sind in normalen Zeiten schon bedenklich. In Zeiten, in denen staatlich verordnete „Judenschelte“ und Boykottmaßnahmen an der Tagesordnung, in denen Verhaftungen, Beschimpfungen, ja sogar Morde nichts Außergewöhnliches sind, verschlimmern solche Worte die Situation nur noch.

5. September 1937 – Letztes Jubiläum der Hauptsynagoge

München-Kreuzviertel * Die Israelitische Kultusgemeinde München begeht den 50. Jahrestag der Einweihung der Hauptsynagoge an der Herzog-Max-Straße. Damit jährt sich die feierliche Eröffnung des Gotteshauses von 1887 zum letzten Mal. Die bei der Einweihung geäußerte Hoffnung, die Synagoge möge „vor widrigen Schicksalen bewahrt bis in ferne Jahrhunderte übergehen“, erfüllt sich nicht. Bereits wenige Monate später wird das Gebäude auf Anordnung des NS-Regimes abgebrochen. Offiziell erfolgt die Maßnahme aus „städtebaulichen und verkehrstechnischen Gründen“, tatsächlich wird die Hauptsynagoge als erste Synagoge Deutschlands gezielt von den Nationalsozialisten zerstört. Ihr Abriss markiert einen weiteren Schritt der systematischen Ausgrenzung und Verfolgung der jüdischen Bevölkerung.

7. Juni 1938 – Hitler ordnet den Abriss der Hauptsynagoge an

München-Kreuzviertel * Nach dem Besuch einer Veranstaltung im benachbarten Künstlerhaus ordnet Reichskanzler und NSDAP-Führer Adolf Hitler persönlich den Abriss der Münchner Hauptsynagoge an der Herzog-Max-Straße an. Die Nationalsozialisten begründen die Maßnahme offiziell mit „städtebaulichen und verkehrstechnischen Gründen“. Tatsächlich handelt es sich um einen ideologisch motivierten Akt gegen die jüdische Gemeinde und eines der frühesten sichtbaren Zeichen der verschärften Verfolgungspolitik des NS-Regimes. Mit der Zerstörung der Hauptsynagoge verliert die Israelitische Kultusgemeinde ihr bedeutendstes religiöses und repräsentatives Zentrum. Der Abriss markiert einen weiteren Schritt auf dem Weg zur vollständigen Entrechtung und Verdrängung der jüdischen Bevölkerung aus dem öffentlichen Leben.



8. Juni 1938 – Die jüdische Gemeinde wird vor vollendete Tatsachen gestellt

München-Kreuzviertel * Am Tag nach Hitlers Befehl setzt die Stadt die Repräsentanten der Israelitischen Kultusgemeinde von der Entscheidung zum Abriss der Hauptsynagoge in Kenntnis. Zugleich erfahren sie, dass das Grundstück an der Herzog-Max-Straße 3–7 für 185.000 Reichsmark an die Stadt zu veräußern ist. Ein Einspruch gegen die Maßnahme oder gar Widerstand kommen unter den politischen Bedingungen des NS-Regimes nicht in Betracht. Noch am selben Abend organisiert die Gemeinde einen letzten Gottesdienst in der Synagoge. Zahlreiche Gemeindemitglieder nehmen Abschied von ihrem religiösen und kulturellen Zentrum, dessen bevorstehende Zerstörung das Ende einer Epoche jüdischen Lebens in München symbolisiert.

17. August 1938 – Gesetz über die Änderung von Familiennamen und Vornamen

Berlin * Die „Zweite Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über die Änderung von Familiennamen und Vornamen“ tritt in Kraft. Die Verordnung beinhaltet eine „Richtlinie über die Führung von Vornamen“. Darin dürfen neugeborene Juden nur solche jüdische Vornamen führen, die in einer Liste aufgeführt werden. Juden, die keinen typisch jüdischen Vornamen tragen, müssen einen zusätzlichen Vornamen annehmen - „Sara“ oder „Israel“.

9. November 1938 – Zerstörung der Ohel-Jakob-Synagoge in der Reichspogromnacht

München-Graggenau * In der Nacht vom 9. auf den 10. November 1938 wird die Ohel-Jakob-Synagoge in der Herzog-Rudolf-Straße während der reichsweiten Novemberpogrome von Angehörigen der SA in Brand gesetzt. Das Gotteshaus brennt vollständig aus, die gesamte Inneneinrichtung wird zerstört. Als Rabbiner Ernst Ehrentreu versucht, die wertvollen Thorarollen zu retten, wird er von den Tätern bedroht und gezwungen, das Gebäude zu verlassen. Die Synagoge, die seit ihrer Einweihung 1892 das religiöse Zentrum der orthodoxen Juden Münchens bildet, wird damit vernichtet. Nach dem Brand muss die Israelitische Kultusgemeinde sogar die Kosten für den Abriss der Ruine tragen. Die zur Synagoge gehörende Schule wird geschlossen. Heute erinnert eine Gedenktafel an der Herzog-Rudolf-Straße an die Zerstörung des Gotteshauses und an die Auslöschung eines bedeutenden Zentrums jüdischen Lebens in München.



18. November 1938 – Die Israelitische Kultusgemeinde muss Nazi-Maßnahmen durchsetzen

München * Innerhalb des isolierten jüdischen Lebensbereiches wird die Israelitische Kultusgemeinde gezwungen, die staatlichen Terror-Maßnahmen durchzusetzen und zu organisieren. So kündigt der Völkische Beobachter an: „Die Israelitische Kultusgemeinde richtet im Einvernehmen mit den zuständigen Stellen ab sofort eigene Verkaufsstellen ein, in denen die in München ansässigen Juden ihren notwendigen Bedarf decken können. Zutritt zu diesen Verkaufsstellen haben nur Juden.“

1. Januar 1939 – Juden müssen die zusätzlichen Vornamen „Sara“ oder „Israel“ führen

Berlin * Alle deutschen Juden mussten als zweiten Vornamen „Sara“ oder „Israel“ annehmen und in ihre Ausweise eintragen lassen. Ab diesem Zeitpunkt mussten sie ihre Briefe mit dem diskriminierenden Vornamen unterzeichnen, Briefköpfe, Praxisschilder und ähnliches ändern und ergänzen. Verstöße werden mit Gefängnishaft bestraft.

Mai 1948 – Solidaritäts-Kundgebungen für den Staat Israel

München-Bogenhausen * Im Garten der Bogenhausener Lauer-Villa finden Solidaritäts-Kundgebungen für den im Entstehen begriffenen Staat Israel statt.

1953 – Jella Lepmann und ihre Jugendbibliothek in der Kaulbachstraße 11

München-Maxvorstadt * Jella Lepmann eröffnet in ihrer Jugendbibliothek in der Kaulbachstraße 11 eine Ausstellung von Kinderzeichnungen aus Israel.

1955 – Rückgabe des Synagogengrundstücks

München-Kreuzviertel * Das ehemalige Grundstück der Hauptsynagoge wird 1955 an die Israelitische Kultusgemeinde zurückgegeben. Da ein Wiederaufbau oder Neubau einer Synagoge an dieser Stelle aus verschiedenen Gründen nicht realisierbar erscheint, veräußert die Gemeinde Teile des Areals an den Karstadt-Konzern. Den Bereich, auf dem sich die Hauptsynagoge befunden hat, erwirbt die Stadt München. Dort entsteht eine Grünanlage. Zugleich vereinbaren die Stadt und die Israelitische Kultusgemeinde, an dem historischen Ort ein Denkmal zur



Erinnerung an die zerstörte Synagoge und die Verfolgung der Münchner Juden zu errichten.

13. Februar 1970 – Brandanschlag auf das jüdische Altersheim an der Reichenbachstraße

München-Isarvorstadt * Bei einem Brandanschlag auf das jüdische Altersheim an der Reichenbachstraße 27 kommen zwei Frauen und fünf Männer, darunter zwei Holocaust-Überlebende zu Tode.

5. September 1972 – Palästinensische Terroristen nehmen israelische Sportler als Geiseln

München-Milbertshofen * Mitglieder der palästinensischen Terrorgruppe „Schwarzer September“ dringen in die Unterkunft der israelischen Mannschaft in der Conollystraße 31 im Olympischen Dorf ein, töteten zwei Menschen und nehmen neun weitere Geiseln.

6. September 1972 – Die Befreiung der israelischen Sportler scheitert

Fürstenfeldbruck * Der Befreiungsversuch der von der palästinensischen Terrororganisation „Schwarzer September“ als Geiseln genommenen israelischen Sportler durch die deutsche Polizei auf dem Fliegerhorst Fürstenfeldbruck scheitert. Am Ende sterben: 11 israelische Sportler und Betreuer, ein deutscher Polizist, sowie fünf der Attentäter. Das Ereignis gilt als eines der einschneidendsten Terror-Attentate der Nachkriegsgeschichte und prägt die Wahrnehmung der Olympischen Spiele nachhaltig.

1996 – Das Internationale Generalsekretariat des Templer-Ritterordens in Köln

Köln * Der Templer-Ritterorden nennt sich jetzt „Ordo Militiae Templi Hierosolymitani“ - „Christlicher Ritterorden vom Tempel zu Jerusalem“. Der Sitz des Internationalen Generalsekretariats ist Köln. Der Orden hat circa fünftausend Mitglieder und ist in dreißig Priorate gegliedert. An der Spitze der Ordensleitung steht ein Großmeister. Männer und - inzwischen auch - Frauen können ab dem 18. Lebensjahr Ordensritter und Ordensdamen werden. Ziele des Ordens, der auch karitativ tätig ist und Einrichtungen in Palästina und Israel unterstützt, sind die „Förderung der Einheit aller Christen“ und der „Erhalt der christlichen Kultur des Abendlandes“.



9. November 2006 – Die Hauptsynagoge am Jakobsplatz wird eingeweiht

München-Angerviertel * Die neue Hauptsynagoge der Israelitischen Kultusgemeinde am Jakobsplatz wird eingeweiht.

9. November 2006 – Einweihung der neuen Hauptsynagoge Ohel Jakob

München-Angerviertel * Am 9. November 2006 wird die neue Hauptsynagoge Ohel Jakob im Jüdischen Zentrum am St.-Jakobs-Platz feierlich eingeweiht. Mit ihr kehrt der Name „Ohel Jakob“ nach München zurück, den bereits die 1938 zerstörte orthodoxe Synagoge in der Herzog-Rudolf-Straße getragen hatte. Wenig später wird auch das unmittelbar angrenzende Gemeindehaus eröffnet, das heute Sitz der Israelitischen Kultusgemeinde München und Oberbayern ist. Das neue Jüdische Zentrum mit Hauptsynagoge, Gemeindehaus, Jüdischem Museum und Kulturzentrum markiert einen Wendepunkt in der Geschichte des jüdischen Lebens in München. Erstmals seit der nationalsozialistischen Verfolgung erhält die jüdische Gemeinde wieder ein sichtbares und repräsentatives Zentrum im Herzen der Stadt. Ein unterirdischer „Gang der Erinnerung“ verbindet Synagoge und Gemeindehaus und erinnert an die rund 4.500 Münchner Jüdinnen und Juden, die zwischen 1933 und 1945 Opfer des Nationalsozialismus wurden. Mit dem Jüdischen Zentrum entsteht zugleich ein Ort religiösen, kulturellen und gesellschaftlichen Lebens. Die Israelitische Kultusgemeinde verfügt heute über zahlreiche Einrichtungen, darunter Synagogen, rituelle Tauchbäder, Bildungs- und Kultureinrichtungen, soziale Dienste sowie jüdische Friedhöfe. Als Einheitsgemeinde vereint sie Mitglieder unterschiedlicher religiöser Prägungen und bildet das Zentrum des jüdischen Lebens in München und Oberbayern.

23. November 2017 – Bundesstaatsanwaltschaft stellt Brandanschlag-Ermittlungen ein

Karlsruhe - München-Isarvorstadt * Die Bundesstaatsanwaltschaft in Karlsruhe stellt die Ermittlungen zum Brandanschlag auf das damalige Zentrum der Israelitischen Kultusgemeinde Münchens an der Reichenbachstraße 27 ein. Dort waren bei einem Brandanschlag auf das jüdische Altersheim am 13. Februar 1970 zwei Frauen und fünf Männer, darunter zwei Holocaust-Überlebende zu Tode gekommen.

9. November 2018 – Gedenktafeln erinnern an die Familie Schüle



München-Haidhausen * An der Fassade des Unionsbräu in der Einsteinstraße 42 sowie im Innenhof werden zwei Gedenktafeln zur Erinnerung an die jüdische Brauerfamilie Schüle in enthüllt. Die vom Münchner Bildhauer Toni Preis gestalteten Tafeln würdigen die Bedeutung der Familie für die Geschichte der Unionsbrauerei, die Entwicklung Haidhausens und die Münchner Brauwirtschaft. An der Feierstunde nehmen unter anderem Kulturreferent Dr. Hans-Georg Küppers und die Präsidentin der Israelitischen Kultusgemeinde München und Oberbayern, Dr. Charlotte Knobloch, teil. Die Tafeln erinnern zugleich an die Verfolgung der Familie während der NS-Zeit, ihre Emigration sowie an ihren Beitrag zum Wiederaufbau Münchens nach dem Zweiten Weltkrieg.
